Telephon-Anschluß
11 Amt., 522 Amt. Dresden.

Abonnement vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 2.75. — Inserate Vormittags 11 Uhr, Nachmittags 4 Uhr, Sonntags bis 12 Mitt. Für Nachmittags die Inserate 5 Minuten Wochentagen bis 4 Uhr Nachm. Die Spaltzeile (ca. 8 Silben) 15 Pfg., für Provinz oder nach Feiertagen 20 Pfg. Ohne Gewähr für das rechtzeitige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben. Ausschließlicher Insertions-Auftrag gegen Sammelrechnung durch Briefmarken od. Vorausbezahlung. Inserate nehmen an: Annoncen-Bureaux von Haasenstein u. Vogler, Rud. Mosse, Daube & Co., Gustav Daube, G. Müller Nachf., A. Barchhalle, G. Arndt-Berlin W., L. Steeger-Hamburg, Bigan-Teplitz. Für Rückgabe einer Manuskriptes keine Verbindlichkeit.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik,

Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Fernsprechstelle No. 137.
Wild- und Geflügel-Handlung
C. Müller
Königlicher Hof-Lieferant
Johannesstrasse 17
(am Pirnaischen Platz),
empfiehlt alle Sorten Wild und Geflügel zu billigsten Preisen.

Julius Schädlich,
am See 40.
Petroleum-Lampen.
Kerzen-Kronleuchter.

Richard Kändler,
Sophienstrasse 3, am Zwinger-Hotel,
Grösstes Lager optischer und elektrischer Waaren.
Nebelbilder-Apparate, Laterna magica, Telephone, Glühlampen, Elemente, Brillen, Operngläser, Thermometer, Barometer etc.
Fabrik und Contor: Friedrichstr. 14.
Telephonanschluss 330.

Heidsieck Monopole, 1 Flasche 6,60 Mk.,
Deutz & Geldermann Cravate, 1 Fl. 4,60 Mk.,
Mosel-, Rhein-, Roth-, Spanische u. Portugiesische Weine
offeriren
H. W. Köchel & Sohn, Bürgerwiese 20.

Prof. Jäger's Kameelhaar- und Wolldecken, à 16½, 18, 20 Mk., empfiehlt
Osc. Lehmann,
Schloss-Strasse 21.

Nr. 345. 30. Jahrgang. Auflage: 41,500 Expl.

Aussichten für den 11. Dezember: Nordwind von mäßiger Stärke bei durchschnittlich mäßiger Bewölkung, mit zeit- und stellenweisen Niederschlägen. Temperatur Nachts unter Null.

Dresden, 1885. **Freitag, 11. Decbr.**

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

Werden denn endlich die Civilbeamten des Reichs zu den erhöhten Pensionssätzen kommen, die ihnen der konservative Gesetzentwurf gewähren will? Ein schöneres Weihnachtsgeschenk könnten ihnen die Reichstagsabgeordneten gar nicht mit heimbringen. Alle Parteien wetteiferten in dem Bemühen, das Pensionsgesetz so zu gestalten, daß es der allseitig ausgleichenden Gerechtigkeit am besten entspräche. Nur die Sozialdemokraten stellten sich abseits. Was sie bewog, z. B. den Tausenden von Post- und Telegraphenbeamten die dringend nothwendige Aufbesserung ihrer Bezüge für die Tage des Alters zu versagen, blieb das Geheimniß der Sozialdemokraten, denn Keiner von ihnen nahm das Wort. Das Pensionsgesetz erhielt durch ein selten erlebtes einträchtiges Wirken der Konservativen, Liberalen, Fortschrittler und des Centrums noch den Zusatz, daß es mit rückwirkender Kraft bis 1882 ausgestattet wurde. Im Uebrigen ist es genau dasselbe Gesetz, das der Bundesrath selbst schon einmal vorgelegt hatte, das aber dicht vor dem Einlaufen in den Hafen an der Verkoppelung mit der Frage der Offiziersbesteuerung scheiterte. Der Abg. v. Köller (kons.) gab sich die erdenklichste Mühe, vom Bundesrathe eine Erklärung herauszulocken, wie sich dieser jetzt zur Verabschiedung des Civilbeamtengesetzes stelle? Staatssekretär v. Burchard hütete sich aber vor jeder bindenden Erklärung, höchstens lüftete er einen Zipfel des Schleiers mit der trüben Frage: warum sollte wohl sich die Meinung des Bundesraths geändert haben, das Civilbeamten- nur mit dem Offiziers-Pensionsgesetze gemeinsam erledigt zu sehen? Ganz berechtigt war die Gegenbemerkung des deutsch-freisinnigen Rickert: es sei doch eigenthümlich, daß der Reichstag jetzt, wo doch der Bundesrath versammelt wäre, keine Antwort erhalten könne! Windthorst sprach gleichfalls seine Verwunderung aus, daß der Bundesrath, statt mit beiden Händen nach dem Pensionsgesetz der Konservativen zu greifen, mit gekreuzten Armen zusehe. Windthorst rief den Reichsbeamten zu, daß es nicht die Schuld des Reichstags sei, wenn das Gesetz wieder nicht zu Stande kommt. Als schlauer Pfadfinder deutete er aber einen Ausweg an: der Bundesrath solle eine gründliche und feste Erklärung abgeben, daß er auch das Offizierspensionsgesetz annehme und bestrebt sein werde, die Frage der Gemeindebesteuerung der Offiziere durch den preußischen Landtag in kürzester Frist zu regeln. Kommt das vom Feldmarschall Grafen Moltke eingebrachte Offizierspensionsgesetz zur Berathung, so wird sich zeigen, ob der Bundesrath sich mit dieser Vermittelung befreundet. Auch der Erhöhung der Offizierspensionen wird sich der Reichstag weder entziehen können noch wollen. Ist schon bei den Civilbeamten die Möglichkeit werthvoll, alternde Arbeitskräfte durch frischere zu ersetzen, so muß wegen der Schlagfertigkeit der Armee die Militärverwaltung erst recht die Flüglichkeit besitzen, durch Pensionirung dem Ueberaltern der Offiziere vorzubeugen. Ein Mittel dazu bietet die von Moltke beantragte Erhöhung der Offizierspensionen. Bringt derselbe dieses Offizierspensionsgesetz unter Dach und Fach, so wird sich der berühmte Feldmarschall ein neues Verdienst um das vaterländische Heer erworben haben. Das einzige Hinderniß bildet bekanntlich die Gemeindebesteuerung des Privateinkommens der Offiziere, die Preußen nicht zugestehen will. Von den 18,000 Offizieren, die unser Heer zählt, giebt es aber nur 5 Proz., die außer ihrem Solde ein Einkommen aus Privatvermögen haben und von diesen werden sich wohl auch nur wenige dem billigen Verlangen verschließen, von letzterem zu den Lasten der Gemeinde beizutragen, deren Annehmlichkeiten sie genießen. Für die übrigen 95 Proz. steht die Frage so: sollen sie auf Erhöhung ihrer Pensionssätze verzichten, weil eine ihnen ganz gleichgiltige staatsrechtliche Streitfrage zwischen der preußischen Heeresverwaltung und dem Reichstage unerledigt schwebt? Wir wünschen dringend, daß Civilbeamte wie Offiziere ehebaldigst in den Besitz der ersehnten Pensionsansprüche gelangen.

Dem Antrage der Konservativen, v. Helldorf und Gen., auf Verlängerung der Legislaturperioden des Reichstags von 3 auf 5 Jahre wird kein Glück lächeln, noch viel weniger dem Gegentrumpfe, den die Sozialdemokratie ausspielte, als sie die Dauer der Reichstage von 3 auf 2 Jahre zu verkürzen vorschlug und dem Kaiser und Bundesrathe das Recht nehmen wollte, den Reichstag überhaupt aufzulösen. So vieles Richtige darin liegt, daß das Volk wahlmüde ist, daß fast alle anderen Staaten längere Legislaturperioden haben als Deutschland, so wenig Neigung wird der Reichstag jetzt verspüren, auf den Antrag einzugehen. Den Sozialdemokraten ist freilich das Wählen, wie Abg. Kayser verkündete, ein Fest, der Wahltag ein Festtag, den sie nicht oft genug begehen können.

Russischerseits ergreift man jetzt Gegenmaßregeln als Antwort auf die preußischen Ausweisungen von Polen. Es hat sich nämlich im Laufe der Zeiten ein merkwürdiger Bevölkerungsaustausch zwischen Polen und Deutschland eingestellt. Nach den östlichen Provinzen Preußens strömen seit den 40er Jahren so viel polnische Ueberläufer, daß Preußen, um diese Gebiete nicht polonisiren zu lassen, jetzt 30,000 Polen über die Grenze zurückschickt. Seltsamerweise aber übt Polen selbst große Anziehungskraft auf die Deutschen aus. Nicht weniger als der 10. Theil der Gesammtbevölkerung des ehemaligen Königreichs Polen, nämlich 750,000 Menschen, sind deutscher Abstammung; 50 Proz. des Landbesitzes daselbst gehört den Deutschen. In ihren Händen befindet sich so ziemlich die ganze Industrie Polens, wenigstens sind die Besitzer, Direktoren und technischen Beamten der polnischen Fabriken fast ausschließlich Deutsche, während die Arbeiter meist aus eingeborenen Polen bestehen. Dank deutscher Intelligenz, Arbeitsamkeit und Kapitalkraft besitzt Polen jetzt eine sehr leistungsfähige eigene Industrie und ist wohlhabender geworden als es je zuvor war. Wer erklärt das Räthsel, daß es die Polen massenhaft nach Preußen treibt, während Polen auf die Deutschen magnetisch wirkt? Warum blieben die Angehörigen beider Nationen nicht lieber im Vaterlande? Ginge die Polonisirung Ostpreußens in dem bisherigen Maße fort, so würden in wenigen Jahrzehnten die Polen durch die Mark bis an die Mauern Berlins vorrücken. Und umgekehrt steht Deutschland im Begriff, Polen langsam zu germanisiren. Jetzt schiebt Rußland Dem einen Riegel vor, indem es das Niederlassungsgesetz dahin abändern will, daß in den Grenzgouvernements die in den russischen Unterthänenverband tretenden Ausländer künftig nicht mehr sofort, sondern erst nach 10 Jahren die Rechte russischer Unterthanen genießen, hauptsächlich also Grundbesitz erwerben dürfen. Außerdem will man in den Fabriken nur ein bestimmtes Zahlenverhältniß zwischen deutschen und polnischen Arbeitern zulassen. Wir verzeichnen diese Thatsachen einfach wie sie sind; die naheliegenden Betrachtungen kann sich Jeder dazu machen.

Auch die Pessimisten unter den Diplomaten halten den Wiederausbruch serbisch-bulgarischer Feindseligkeiten für ausgeschlossen. Auf dem Schlachtfeld hat Fürst Alexander bewiesen, daß er der Jung-Siegfried ist, der das Fürchten nicht gelernt hat; jetzt, da diplomatische Unterhandlungen im Gange, zeigt er, daß er mit soldatischer Tapferkeit auch die Besonnenheit des Staatsmannes vereint. Seine maßvolle, den Friedenswünschen Europas Rechnung tragende Haltung hat ihm die Sympathie der Großmächte und des Sultans eingetragen, namentlich seitdem er sich dem Rathe zugänglich erwies, die Differenz mit Serbien betreffs der Waffenstillstandsbedingungen nicht durch Selbsthilfe, sondern durch Vermittelung unbetheiligter Mächte austragen zu lassen. Diesem Spruche der Neutralen können sich beide Theile umso eher fügen, als es ohne Einbuße an Ehre möglich ist. Auch bahnt sich eine Versöhnung zwischen dem Zaren und dem Bulgarenfürsten an. Letzterer soll den früheren russischen Offizieren, die im Bulgarenheere dienten, Orden verleihen für ihre Ausbildung der Bulgaren; darauf würde der Zar mit einer Dekoration des Fürsten antworten. Dann würde Rußland sich nicht mehr der Vereinigung beider Bulgaren widersetzen. Oesterreichs Aufgabe läuft auf das schwierige Werk hinaus, Serbien begreiflich zu machen, daß es sich mit fernerer Kriegslust um alles Wohlwollen Europas bringt und sodann für Serbien möglichst günstige Friedensbedingungen herauszuschlagen. Letzteres liegt auch im allgemeinen Interesse Europas; denn ein gar zu tief gedemüthigter König von Serbien verlöre allen Halt im Lande, ein gewaltsamer Thronwechsel aber in Belgrad würde ein neues Feuer auf dem Balkan entzünden.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 10. Decbr.

Berlin. Reichstag. Auf Antrag des Abg. v. Jagdzewski und Gen. wird beschlossen, den Reichskanzler zu ersuchen, zu veranlassen, daß das gegen den Abg. v. Wolzlegier beim Landgericht zu Konitz schwebende Strafverfahren für die Dauer dieser Session eingestellt werde. Dann wird die erste Berathung der Anträge auf Verlängerung bez. Verkürzung der Reichstagswahlperioden fortgesetzt. Abg. Rickert (freis.) bekämpft den Antrag auf Verlängerung der Legislaturperiode auf 5 Jahre. Derselbe wolle die Regierungsgewalt, die Macht des Bundesrathes, vermehren, die Rechte des Reichstags aber vermindern. Und dieser Antrag werde aus der Mitte des Hauses zu einer Zeit gestellt, wo die Regierung systematisch das Ansehen des Reichstages herabzusetzen bemüht sei. Systematisch — das lehren die Diätenprozesse, das lehre die Fahrkartenangelegenheit. Er richte an die Regierung die Frage, ob es wahr sei, daß die Abgeordneten auf den Bahnhöfen von Polizeibeamten kontrolirt würden, um festzustellen, wohin die Abgeordneten reisen. Bis an die Gerichte zu Minden seien Nachforschungen angestellt worden, ob der Reichstagsabgeordnete Rickert etwa der Verfasser eines Artikels einer Berliner Korrespondenz sei. Das allgemeine Stimmrecht solle beschränkt werden. Die Rechte wolle Ruhe haben auf 5 Jahre, um ihre Agitationen zur Reife zu bringen. Habe etwa die Demokratie die Agitation für Wollzölle, Goldwährung u. s. w. in's Werk gesetzt? Von der Rechten habe die Linke gelernt die Agitation zu führen. Wie könne sich die Rechte über die Haltung der Presse beklagen, während sie über die Reptilienpresse ihre schützende Hand halte. Die Sitten seien durch die Reptilienpresse heruntergekommen, nur die Aufhebung des Reptilienfonds könne hier helfen. Es sei gesagt worden, bei dreijährigen Perioden komme man nicht zur Arbeit, die Rechte habe doch durch Steuerbewilligung in der ersten Session dieser Periode eine überraschende Kraft ihrer Thätigkeit bewiesen. Abg. v. Helldorff habe sehr oft von einer Mittelpartei gesprochen, die einen konservativen Charakter tragen müsse. Diese Mittelpartei scheine nicht mehr zweifelhaft, nachdem die nationalliberale Partei in Preußen in eine Stellung eingerückt sei, die man ihr zugedacht habe. Haben doch die Nationalliberalen ihre Selbstverleugnung so weit getrieben, daß sie nicht einen einzigen Sitz für sich, aber 20 für die Konservativen erkämpft. Da sei es sehr erklärlich, daß man diese Situation auch auf den Reichstag übertragen wolle. — Graf von Behr (Reichspartei) hält die Einbringung des Antrags nicht für zweckmäßig und hätte wenigstens gewünscht, daß sich die Antragsteller hierzu mit den übrigen nationalen Parteien verbunden hätten, er stimmt mit seinen Freunden für den Antrag, weil er eine Verlängerung der Legislaturperiode prinzipiell für richtig hält. — Abg. Dr. Windthorst sagt zu beiden Anträgen nein. Im Gegensatz zu Rickert sei er vergnügt über die Angriffe der offiziösen Presse, die seiner Parteistellung zu Gute kämen. Der konservative Antrag sei nicht das Ziel, sondern ein Schritt gegen die Erziehung unserer Volksvertretung zu der Interessenvertretung. Man stehe jetzt der Diktatur eines Einzelnen gegenüber, da sei es nöthig, daß die Volksvertretung öfter zum Quell zurückkehre aus dem sie ihre Kraft schöpfe. Das Centrum werde am allgemeinen Wahlrecht festhalten. Man solle von Denen, die zu Heloten gemacht werden sollten, nicht erwarten, daß sie dabei mithelfen. — Abg. Dr. Marquardsen (nat.-lib.) ist für die Verlängerung der Legislaturperiode, wodurch die parlamentarische Arbeit wirksamer gemacht und das Ansehen des Reichstags gehoben würde. Ein längeres Zusammenarbeiten mindere die Parteigegensätze ab. — Abg. Mayer (Volkspartei) erblickt in dem konservativen Antrag einen Beweis der Reaktion. Der Antrag werde dem preußischen Adel auf's Kerbholz geschrieben. — Abg. Dr. Hänel ist gegen den konservativen Antrag als Angriff auf das allgemeine Stimmrecht. — Abg. v. Helldorff vertheidigt im Schlußworte seinen Antrag. — Bebel den der Sozialdemokraten. Letzterer erblickt in der zweijährigen Legislaturperiode einen Schritt zu der von ihm erstrebten Parlamentsherrschaft. Die zweite Lesung der Anträge findet im Plenum statt. Morgen Etatsberathung. Der Antrag Jagdzewski die polnische Interpellation auf die Tagesordnung zu setzen, wurde abgelehnt.

Berlin. Der Bundesrath genehmigte einstimmig und unverändert den Gesetzentwurf über den Nord-Ostsee-Kanal und verwies den Handelsvertrag mit Dominika, und den Gesetzentwurf über die Bürgschaft des Reiches für die Zinsen der egyptischen Anleihe an die Ausschüsse.

München. Die Kammer setzte die innere Etatsberathung fort. Die Abgg. Buhl und Frankenburger erörtern bei Hagelversicherungsanstalt einen Vorfall betreffs des Zeugnißzwangverfahrens des Redakteurs Bosichart wegen vorsätzliger Veröffentlichung von Anstaltsdaten. Der Minister betont die Amtsgeheimnißpflicht. Der Anstaltsdirektor handelte nach eigener Kompetenz, aber gesetzmäßig. Der Werth des Vorgehens sei diskutirbar. Der Justizminister vertheidigt das Gerichtsvorgehen, nachdem die Justiz angerufen worden sei. Eine laxere Praxis wäre ungesetzlich. Der Anstaltsetat wird schließlich bewilligt.

Hannover. Bei den heutigen Ersatzwahlen des Bürgervorsteher-Kollegs verloren die Welfen vier Sitze an die Nationalliberalen und somit die Majorität im Kolleg.

Die **Berliner Börse** eröffnete fest, die Course zogen an, Kredit und Diskonto waren recht lebhaft. Deutsche spekulative Bahnen waren mit Ausnahme von Ostpreußen und Marienburger fest. Ostpreußen litten auf Nachrichten über Libauer Hafenbauten. Von österreichischen Bahnen waren Elbethal und Nordwest bevorzugt, Montanwerthe fest, ebenso fremde Renten. Später ließ das Geschäft nach, auch trat eine vorübergehende Abschwächung ein. Im Kassaverkehr herrschte durchweg Festigkeit, doch waren Industriepapiere im Allgemeinen weniger beachtet. Solbrig verloren 1 Proz. Oesterreichische Prioritäten waren unverändert. Privatdiskont 3 Proz.

Frankfurt a. M., 10. December. Credit 235¼. Staatsbahn 222¼. Lombarden 108 /.. Galizier 184¼. Egypter 64,81. 4proc. Ungar. Goldrente 79,93, Gotthardbahn —,—. Disconto 203,50. Darmstädter —. Fest.

Wien, 10. December. Credit 292,00. Staatsbahn 277,25. Lombarden 135,60. Nordwestb. 170,50. Marknoten 617,77. Ung. Credit 294,50. Fest.

Paris, 10. Decbr. Schluß. Rente 81,17. Anleihe 109,72. Italiener 97,17. Staatsbahn 563,75. Lombarden 282,50. do. Prioritäten —,—. Spanier 58,18. Fest. Goldrente —. Egypter 323,00. Ottomanen 567,00. Fest.

London, 10. December, Vorm. 11 Uhr 10 Min. Consols 99 5/16. 1873er Russen 94¼. Italiener 95¼. Lombarden 11 5/16. Konv. Türken 14¼. 4proc. fundirte Amerikaner 127¼. 4proc. Ungar. Goldrente 80¼. Oesterr. Goldrente 87. Preuß. Consols 104,00. Egypter 64¼. Ottomanbank 9 7/16. Suez-Actien 84¼. Platzdiscont 10 ½. — Stimmung: Fest. Wetter: Frost.

Breslau, 10. December, Nachm. (Getreidemarkt). Spiritus pr. 100 Liter 100 Proc. pr. December-Januar 37,50, pr. April-Mai 39,80. pr. Mai-Juni 40,20. Roggen pr. April-Mai 126,00, pr. Mai-Juni 132,00. Rüböl loco pr. December 170,00, April-Mai 46,50. Zink fest — Wetter: Kalt.

Stettin, 10. Dec., Nachm. 1 Uhr. (Getreidemarkt). Weizen unverändert, loco 134—144, pr. December-Januar 155,00, pr. April-Mai 157,00. Roggen unverändert, loco 120—124,00, pr. Decbr.-Jan. 125,00, pr. April-Mai 131,00. Rüböl unverändert, loco pr. Dec.-Januar 45,00, pr. April-Mai 46,00. Spiritus fest, loco 38,30, pr. December-Januar 38,60, pr. April-Mai 40,70. pr. Juni-Juli 42,20. Petroleum loco versteuert Usance 11¼ Proc 12,10.

Lokales und Sächsisches.

— Erfreulicherweise bessert sich das Befinden Ihrer Majestät der **Königin**. Das Fieber ist nicht mehr so hochgradig und die Erscheinungen der Mandelentzündung haben etwas abgenommen. Die Nacht zum Donnerstag hat Ihre Majestät ruhiger verbracht als die vorhergehenden Nächte. Trotz ihrer Erkrankung trifft die hohe Frau Dispositionen, daß der Besuch der hiesigen Geschäfte seitens Mitgliedern des Königshauses zur Weihnachtszeit wie früher stattfindet. Fraglich ist noch, ob die beabsichtigte Uebersiedelung von Strehlen nach Dresden bereits am 3. Weihnachtsfeiertage vor sich gehen kann.

— Der Kgl. sächs. Gesandte in Berlin, Graf **Hohenthal**, wurde am Mittwoch Nachmittag von Ihrer Majestät der Kaiserin Augusta in Audienz empfangen.

— Münzmeister **Buschick** zu Dresden erhielt das Ritterkreuz 1. Klasse vom Albrechtsorden.

— An der gestern für die Landstände arrangirten Fahrt auf der Radebeul-Radeburger Schmalspurbahn nahmen ca. 80 **Mitglieder** der beiden **Kammern**, sowie die Herren Staatsminister Exc. von Nostitz-Wallwitz und v. Könneritz, Geh. Rath v. Einsiedel, Geh. Finanzräthe Hoffmann und Köpke und mehrere Mitglieder der Kgl. Generaldirektion Theil. Die Herren fuhren um 8 Uhr 35 Min. früh nach Radebeul, bestiegen dort den Extrazug der Schmalspurbahn, der sie bis Haltestelle Bärnsdorf, woselbst ein Aufenthalt von 10 Min. zur Besichtigung der interessanten Bahnanlagen Verwendung fand, und zurück bis Moritzburg führte. Dort fand die Besichtigung des Gestüts unter Führung des Oberlandstallmeisters Graf Münster statt. Es wurden die Hengste vorgeführt und vorgeritten; namentliches Interesse erregte eine neue Art Hufbeschlag, welche die Erkrankung der Hufe wesentlich zu verhindern im Stande ist. Hieran schloß sich ein Besuch des Jagdschlosses und die Einnahme eines Frühstücks in Adam's Gasthof. Die Heimfahrt erfolgte ½2 Uhr Nachmittags.

— Es wird Manchen interessiren, daß der Antrag, den der Abg. Starke vor Kurzem in der 2. Kammer einbrachte, ganz conform ist mit einem Vorschlage, den der hochselige **König Johann** als Prinz bereits auf dem Landtage von 1846 als Mitglied der 1. Kammer gemacht. Er hatte damals darauf hingewiesen, wie Aerzte bestimmt werden könnten, sich auf das Land zu wenden; namentlich sollte dazu die Verleihung von Stipendien dienen, welche an die Bedingung zu knüpfen wären, daß die Stipendiaten wenigstens eine größere Zeit als Aerzte auf dem Lande zu wirken hätten. Hierbei sei auf das hochinteressante Werk des Herrn Staatsanwalt Schwerdtfeger: König Johann von Sachsen als Vorkämpfer für Wahrheit und Recht, Reden und Sprüche aus 20 Jahren seines parlamentarischen Wirkens" hingewiesen. Das Werk giebt ein harmonisches Gesammtbild von der parlamentarischen Thätigkeit des Prinzen, seinem universellen Wissen, seinem Rechtsgefühle und dem Drange, allerwärts zu nützen und das Gemeinwohl zu fördern. Zugleich führt das sorgfältig redigirte Werk zu der Erkenntniß, wie zutreffend der Ausspruch des Dr. v. Falkenstein ist, wenn er in seinem „Charakterbilde des Königs Johann" sagt: Wollte Jemand eine Geschichte der sächsischen Gesetzgebung seit 1831 schreiben, die Referate und Reden des Prinzen würden zu einem guten Theile die trefflichste Quelle dazu bilden.

— Herr Vicepräsident Streit hat, unterstützt von einer großen Anzahl fortschrittlicher und nationalliberaler Abgeordneter in der 2. Kammer folgenden Antrag eingebracht: Die Kammer wolle die Regierung ersuchen, durch Verordnung die §§ 3 und 21 des Gesetzes über die Verpflichtung der **Kirchen-** und **Schulgemeinden** zur Aufbringung des für ihre Zwecke erforderlichen Aufwandes betr., vom 8. März 1838, dahin auszulegen und anwenden zu lassen, daß, unbeschadet der gesetzlichen Vorschriften, wonach zu den Kirchenanlagen einer Kirchengemeinde Bekenner eines dieser Kirchengemeinde fremden Glaubens und zu den Schulanlagen der Schulgemeinde der Mehrheit eines Ortes Mitglieder der Schulgemeinde einer konfessionellen Minderheit dieses Ortes nur nach ihrem innerhalb des Kirchen- oder Schulbezirks gelegenen Grundbesitze zuzuziehen sind, a) die Mitleidenheit an den Kirchen- und Schullasten wegen Gewerbebetriebes in der Regel nur dort, wo die gewerbliche Niederlassung besteht, in Anspruch genommen und, wenn ein Gewerbebetrieb ständig in mehreren Kirchen- oder Schulbezirken stattfindet, in jedem dieser Bezirke ein verhältnißmäßiger Beitrag zu den Kirchen- und Schullasten gefordert werden kann, und b) auch juristische Personen zu den Kirchen- und Schullasten beizutragen haben.

Vernickelungs-Anstalt
Schladitz & Bernhardt, Johannes-Allee 7, Palais Gutenberg.